

2/1994 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundespräsidentenwahl am 23. Mai

CDU entscheidet sich für Roman Herzog

Mit 34 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung hat am 15. Januar auf einer Klausurtagung in Windhagen bei Bonn der Bundesvorstand der CDU in geheimer Abstimmung den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, zum Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai nominiert.

Auf einer anschließenden Pressekonferenz mit Roman Herzog drückte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, seine Überzeugung aus, daß mit dieser Nominierung „die richtige Persönlichkeit in einer schwierigen Übergangszeit unseres Vaterlands“ für das höchste Staatsamt benannt worden ist.

Roman Herzog sei wissenschaftlich hoch qualifiziert, dabei nonprofessoral, drücke sich in einer verständlichen Sprache aus und habe vor allem auch Humor. Er habe zu einem Zeitpunkt für die Idee der deutschen Einheit gestanden, als andere längst dabei waren, sich mit der Teilung abzufinden. Helmut Kohl: Das sage ich auch im Blick auf unsere Landsleute in den neuen Ländern.



● Entscheidung '94

Generalsekretär Peter Hintze: Stärkung der Wirtschaftskraft – das Thema in unserem Wahlkampf. Seite 3

HEUTE AKTUELL

Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck: Dieses Jahr wird uns unseren ganzen Einsatz abverlangen. Seite 8

● Dokumentation

Für Wachstum und Beschäftigung. Beschluß des Bundesvorstands am 15. Januar 1994 in Windhagen. Grüner Teil

Wichtige Stationen seiner Laufbahn

Roman Herzog wurde am 5. April 1934 in Landshut in Bayern geboren. Er besuchte das Gymnasium in Landshut und studierte Jura in München. 1957 legte er die erste juristische Staatsprüfung ab, 1961 die zweite. 1958 promovierte er zum Dr. jur. Sieben Jahre lang, von 1958 bis 1964, arbeitete er als wissenschaftlicher Assistent bei dem Staatsrechtler Professor Maunz. Nach seiner Habilitation lehrte er bis 1966 als Privatdozent an der Universität München und ab Herbst 1965 als Ordinarius für Staatsrecht und Politik an der Freien Universität Berlin. 1969 wechselte er als Professor für Staatslehre und Politik an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, deren Rektor er 1971/1972 gewesen ist.

1970 trat Roman Herzog der CDU bei und ging wenig später in die Politik. Von 1973 bis 1978 vertrat er das Land Rheinland-Pfalz beim Bund in Bonn. Im Mai 1978 löste er Wilhelm Hahn als Minister für Kultur und Sport in der Stuttgarter Landesregierung ab.

Bei den baden-württembergischen Landtagswahlen im März 1980 behauptete Roman Herzog für die CDU den Wahlkreis Göppingen und zog in den Stuttgarter Landtag ein. Im 2. Kabinett Späth vom 25. März 1980

übernahm Herzog von Guntram Palm das Innenressort.

Im Oktober 1983 schied Herzog aus der Landesregierung aus und legte auch sein Abgeordnetenmandat nieder, um sich auf sein neues Amt als Bundesverfassungsrichter vorzubereiten. Im Dezember 1983 schied der langjährige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, aus dem Amt. An seine Stelle trat der bisherige BVG-Vizepräsident Wolfgang Zeidler. Neuer Vizepräsident und Nachfolger Bendas im Vorsitz des Ersten Senats wurde Herzog. Wie vorgesehen, löste er im November 1987 Zeidler im Präsidentenamt ab.

Roman Herzog hat sich in der Kirche engagiert und war u. a. Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Deutschlands, ferner ordentliches Mitglied der EKD-Synode. 1978 bis 1984 war er Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Neben seiner politischen und richterlichen Tätigkeit ist Herzog auch weiterhin Rechtswissenschaftler. Er ist Mitverfasser des bekannten Kommentars zum Grundgesetz von Maunz/Düng/Herzog/Scholz und gab mit anderen das „Evangelische Staatslexikon“ heraus (3. Aufl. 1987).

Alles spricht für diesen Mann. „Roman Herzog bringt alle Voraussetzungen für das Amt des Bundespräsidenten mit. Alles spricht für diesen Mann, und wir sind sicher, daß er am 23. Mai gewählt wird.“ Mit diesen Worten hat der CSU-Vorsitzende Theo Waigel bekanntgegeben, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts vom Parteivorstand der CDU bei 39 anwesenden Mitgliedern einstimmig zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominiert worden ist.

Generalsekretär Peter Hintze:

Stärkung der Wirtschaftskraft: das Thema in unserem Wahlkampf

Aus Anlaß der Bundesvorstandsklausur am 14. und 15. Januar in Windhagen und der Vorstellung des Bundesvorstandsbeschlusses vom 15. Januar „Für Wachstum und Beschäftigung“ durch die Präsidiumsmitglieder Christa Thoben und Umweltminister Klaus Töpfer auf einer Pressekonferenz am 18. Januar im Konrad-Adenauer-Haus erklärte Generalsekretär Peter Hintze zur Strategie für das Wahljahr 1994:

Gegenüber manchen anderslautenden Tönen, die in der öffentlichen Diskussion anklingen, sagen wir, daß die Wahlen 94 in der politischen Mitte gewonnen werden. Wir werden deshalb auch die Wahlkampfauseinandersetzung in der politischen Mitte suchen.

Auffällig ist, wenn man sich den demoskopischen Befund anschaut, die große Zahl unentschlüssener Wähler. Je nach Umfrage sagen bis zu 30 Prozent der Wähler, daß sie noch unentschlüsselt sind und noch nicht entschieden haben, wen sie wählen würden, wenn heute Wahlen wären; und erst recht haben sie noch nicht entschieden, wen sie am Tag der Europawahl oder bei der Bundestagswahl wählen werden. Unser Wahlkampf wird deshalb auch sehr stark darauf abzielen, diese unentschlüssenen Wähler anzusprechen.

Hierzu ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir natürlich auch schon in den Landtags- und Kommunalwahlkämpfen die Entscheidungsfrage für den Wähler deutlich herausarbeiten, die klaren Unterschiede zwischen den politischen Kräften

aufzeigen und vor allem den Versuch der SPD unterbinden, sich in die politische Mitte hineinzuschummeln.

Wahlziel Nummer eins ist die erneute Gewinnung derjenigen Wählerinnen und Wähler, die uns bei der letzten Bundestagswahl ihr Vertrauen gegeben haben.

Wir wissen, daß manche von ihnen heute kritisch auf unsere Arbeit schauen, weil die Entwicklung langsamer vorangegangen ist, als dies vor vier Jahren von uns angenommen wurde. Wir müssen uns mit dieser Kritik auseinandersetzen.

Wir werden die Gründe für den Gang der Dinge aufzeigen, wir werden unser Konzept von der weiteren Entwicklung der inneren Einheit in Deutschland darlegen, aber natürlich auch — ganz entscheidend — die Frage nach „Wirtschaft und Arbeitsplätzen“ beantworten.

Wir werden den Wählerinnen und Wählern sagen, was auf dem Spiel steht, nämlich „Sicherheit und Stabilität für Deutschland“.

Unseren Anspruch begründen wir nicht nur mit der Leistungsbilanz, die wir im Wahlkampf vorlegen werden, sondern auch mit unserem Zukunftskonzept. Ich nenne die umfassende Erneuerung unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen, die Verschlinkung der Bürokratie und nicht zuletzt das große Konzept der Weiterentwicklung unseres Steuer- und Sozialsystems, nämlich weg von einem Familienlastenausgleich hin zu einem Familienleistungsausgleich, mit

dem wir die Kraft der Familie stärken und ihre materielle Situation verbessern wollen.

Themen des Wahlkampfes:

Wichtigstes Thema ist unser Konzept zur Stärkung der Wirtschaftskraft, zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder. Aber wir werden ebenso die innere und äußere Sicherheit thematisieren.

„Thema des Wahlkampfes“ heißt nicht, daß unser Konzept zur Stärkung der Wirtschaftskraft nur Thema der Plakate, der Broschüren, der Funkspots und der Wahlkampfreden sein wird, sondern es wird das große Thema sein. Deswegen haben wir auch auf unserer Klausurtagung das Wirtschaftspapier „Für Wachstum und Beschäftigung“ beschlossen, das unser politisches Handeln, das Handeln der Regierung und das der Fraktion (!) bestimmen wird. Mit diesen Beschlüssen und Maßnahmen können wir gut gerüstet in die Auseinandersetzung des Jahres 1994 gehen.

Unseren politischen Führungsanspruch bei den bevorstehenden Europa- und Bundestagswahlen begründen wir nicht zuletzt mit den Erfolgen, mit der Erfahrung und mit dem internationalen Ansehen unseres Bundeskanzlers Helmut Kohl. Hierin liegt ein unschätzbares Kapital für Deutschland, das wir nutzen wollen.

Wir wollen einen klaren Kanzler-Wahlkampf führen, bei dem aber auch selbst-

Stichwort Koalition:

Generalsekretär Peter Hintze: *Wir wollen die Koalition der Mitte fortsetzen, und wir werden für die Wiedergewinnung der strategischen Mehrheit arbeiten.*

verständlich die anderen führenden Funktionsträger der Union eine wichtige Rolle spielen werden.

Was den politischen Gegner angeht, so wird der Wahlkampf für ihn zur Stunde der Wahrheit werden.

Ich will nur einige Beispiele nennen.

- Scharping fordert in diesen Tagen sehr nachdrücklich eine Verkleinerung des Bundeskabinetts. Ich möchte darauf hinweisen, daß er eine Landesregierung in Rheinland-Pfalz gebildet hat, die über mehr Ressorts verfügt als jede Landesregierung vor ihr.

- Scharping fordert die Begrenzung der Staatsverschuldung. Gleichzeitig blockiert er über die SPD-Mehrheit im Bundesrat Sparbeschlüsse und treibt damit die Staatsverschuldung in die Höhe.

- Scharping verspricht eine Stärkung der Wirtschaft und präsentiert uns als Wirtschaftsschattenminister Oskar Lafontaine, der das Saarland trotz milliarden-schwerer Bundeshilfe heruntergewirtschaftet hat.

Wirtschaftspolitisch ist Scharping ein Kaiser ohne Kleider. Im Wahlkampf werden wir das deutlich machen.

Neue Arbeitsplätze durch Aktionsprogramm

Ein „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ hat am 18. Januar die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen. Mit 30 Punkten zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung ist dieses Aktionsprogramm ein umfassender Katalog von Maßnahmen, die jetzt schnell umgesetzt werden können, und knüpft damit an die Festlegungen in dem gleichlautenden Beschluß des CDU-Bundesvorstands vom 15. Januar in Windhagen an.

Familienleistungsausgleich statt Familienlastenausgleich

Zum Thema „Neuorientierung in der Familienpolitik — der Beitrag des CDU-Grundsatzprogramms zum Jahr der Familie“ erklärte der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, Reinhard Göhner:

1994 ist von der UNO zum „Jahr der Familie“ ausgerufen worden. Das ist auch für Deutschland die Chance zu einer neuen intensiven familienpolitischen Debatte; die CDU wird ihre Vorschläge zur Neuorientierung der künftigen Familienpolitik mit dem neuen Grundsatzprogramm vorlegen.

1983 hat die CDU in Verwirklichung ihres Grundsatzprogrammes von 1978 die damals notwendige Neuorientierung der Familienpolitik umgesetzt: Die Einführung von Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld, die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht waren eine grundlegend qualitative Verbesserung der Familienpolitik. Zudem wurde Kindergeld kontinuierlich erhöht und für Familien mit kleinem Einkommen zusätzlich ein Kindergeldzuschlag geschaffen. Mit dem Baukindergeld wurde der Erwerb von Wohneigentum für Familien erleichtert. Auch die Situation der Alleinerziehenden wurde nachhaltig verbessert. Es ist für uns aber eine bleibende Aufgabe der sozialen Gerechtigkeit, Benachteiligungen von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen, wie sie im Steuer- und Sozialversicherungsrecht bestehen, weiter abzubauen und sie angesichts ihrer unersetzlichen Leistung für das Gemeinwesen wesentlich stärker zu unterstützen.

Dabei geht es heute um eine qualitativ neue Stufe der Familienförderung: Neue

Leistungen für die Familie können nicht wie in der Vergangenheit im wesentlichen aus Wachstums- und Verteilungsspielräumen erbracht werden, sondern aus Umschichtungen, Neustrukturierungen und dem Umbau zugunsten der Familien mit Kindern.

■ **Ein neuer Familienleistungsausgleich anstelle des bisherigen Familienlastenausgleichs**

Wir streben an, den bisherigen Familienlastenausgleich langfristig grundlegend umzugestalten und durch einen Familien-,„leistungs-,„ausgleich zu ersetzen.

Kern einer familienfreundlichen Umgestaltung des Steuersystems ist die Einführung des Familiensplittings, mit dem eine differenziertere Besteuerung des Familieneinkommens unter Berücksichtigung der Zahl der Familienangehörigen ermöglicht wird. Wer Kinder hat, soll dementsprechend weniger Steuern zahlen. Ein solches Familiensplitting, in dem das bisherige Ehegattensplitting vermindert aufgehen kann, wird Familien mit Kindern wesentlich stärker als bisher steuerlich entlasten und damit zur Steuergerechtigkeit beitragen. Das Kindergeld kann dann auf diejenigen konzentriert werden, die keine hinreichende steuerliche Entlastung erfahren; damit muß das Kindergeld wie alle sozialen Transferleistungen des Staates vollständig einkommensabhängig gestaltet werden.

Wie im Steuerrecht müssen derartige Umschichtungen zugunsten von Familien mit Kindern auch im Sozialversicherungsrecht noch stärker Eingang finden. Die Mehrfachbelastungen von Eltern

durch die Kindererziehung sind auch im Sozialversicherungsrecht auszugleichen und die Erziehungsleistungen und -zeiten im Rentensystem stärker als bisher anzuerkennen. Dies ist zugleich ein Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrages.

■ ***Umbau des Sozialstaats heißt auch Umschichtung zugunsten von Familien***

Der notwendige Umbau des Sozialstaats eröffnet uns die Chance, neue Weichenstellungen zugunsten von Familien zu verwirklichen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Einführung der Pflegeversicherung, deren starke familienpolitische Komponente bislang unzureichend gewürdigt worden ist. Die Pflegeversicherung ist Beispiel für den Umbau des Sozialstaates, weil der größte Teil der Kosten durch Kompensation in anderen Sozialbereichen finanziert werden soll. Die Pflegeversicherung ist Beispiel für die Umschichtung zugunsten von Familien, weil prioritär die Pflege von Angehörigen in der Familie unterstützt wird: Um die Pflege in der Familie prioritär zu unterstützen, wird z. B. ein monatliches Pflegegeld gewährt und diejenigen, die Angehörige in der Familie pflegen, erhalten die Anerkennung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung für den Zeitraum, in dem sie wegen der Pflege keine Erwerbstätigkeit ausüben können; es wird der Aufbau einer Infrastruktur

ambulanter Dienste ermöglicht und die Schulung betreuender Angehöriger angeboten.

Der Grundgedanke des Umbaus des Sozialstaates dient der Familie: Solidarität in dem von uns verstandenen Sinne erfordert die gemeinschaftliche Absicherung der Risiken, die der Einzelne und die Familie allein und aus eigener Kraft nicht tragen können.

■ ***Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft — gesellschaftliches Umdenken ist nötig***

Die stärkste Benachteiligung erfährt in unserer Gesellschaft vor allem die Frau und Mutter, die sich für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder entscheidet. Die Aufwertung und soziale Absicherung der Familienarbeit bedeutet Anerkennung ihrer besonders verantwortungsvollen Aufgabe und ist ein wichtiger Beitrag zur Gleichberechtigung. Weil Kinder persönliche Zuwendung, Liebe und Geborgenheit in der Familie brauchen, zielen unsere familienpolitischen Maßnahmen auf die weitestmögliche Betreuung der Kinder durch die Eltern. Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienleben zu verbessern, ist deshalb für uns eine zentrale Herausforderung. Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklichen, damit Kinder über den familiären Rahmen hinaus ►

Stichwort: Familienleistungsausgleich

Familien sind keine Lasten für die Gemeinschaft, Familien tragen mit unersetzbaren Leistungen zum Gemeinwohl bei. Wir wollen den Familienlastenausgleich grundlegend neu gestalten und zu einem Familienleistungsausgleich fortentwickeln. Die Entscheidung für Kinder, für Erziehungs- und Familienarbeit darf nicht länger finanzielle Nachteile und soziale Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Wir wollen ein Familiensplitting, damit Familien mit Kindern deutlich weniger Steuern zahlen, und wir wollen den Ausgleich der Mehrfachbelastungen und -leistungen von Eltern mit Kindern im Rentenrecht.

Durch mehr Existenzgründungen neue Arbeitsplätze schaffen

Zur Bedeutung der Existenzgründungsförderung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:

Wir brauchen eine Neuaufgabe der Gründerjahre und eine Rückbesinnung auf das Unternehmertum. Während Großunternehmen derzeit in hohem Maße Arbeitsplätze abbauen und durch Ausgliederungen ihre Strukturen schlanker und zum Teil kapitalintensiver gestalten, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, entstehen neue Aufgaben und Dienstleistungsbereiche für innovative, kleine und mittlere Unternehmen.

Studien der OECD, aus den USA und aus Deutschland zeigen klar: Beschäftigungsimpulse sind vor allem aus dem Mittelstand und von einer hohen

Zahl an Neugründungen von Unternehmen zu erwarten. Dies gilt nicht zuletzt auch für die neuen Bundesländer.

Beschäftigungsimpulse sind vor allem aus dem Mittelstand zu erwarten.

Ich fordere die Bundesregierung auf, die Gründung neuer Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu unterstützen. Dazu gehört, daß wir über eine baldige Wiedereinführung des Eigenkapitalhilfe-Programms in ganz Deutschland nachdenken müssen. Die Patentgebühren müssen auf den Prüfstand, um Innovationen zu fördern. In einem Steuerkonzept für die nächsten Jahre müssen Möglichkeiten einer verbesserten steuerlichen Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Forschung und Entwicklung geprüft werden.

Anregung und Förderung, vor allem Kontakte mit anderen Kindern finden. Die neue Prioritätensetzung für Familien mit Kindern muß sich auch in der Landes- und Kommunalpolitik durchsetzen, in der der Bau von Kindergärten Vorrang z. B. vor städtebaulichen Verschönerungsmaßnahmen und neuen Investitionen in den Bereichen Kultur und Sport haben muß. Solange z. B. in Nordrhein-Westfalen Investitionen für neue Luxus-Freibäder hoch bezuschußt werden, aber nicht genügend Mittel zum Ausbau von Kindergärten zur Verfügung stehen, ist dieser Vorrang nicht verwirklicht. Die Situation der Familien zu verbessern,

ist nicht nur Aufgabe der Familienpolitik, sondern der ganzen Gesellschaft und ihrer Kinder- und Familienfreundlichkeit. Betriebe und Gemeinden, Nachbarn und Vermieter sind gefordert. Vor allem die Arbeitswelt muß sich mehr auf die Bedürfnisse der Familie einstellen: Familienfragen müssen als Teil der Unternehmensphilosophie verstanden werden, wie es bei Fragen des Umweltschutzes bereits selbstverständlich ist. Mehr Teilzeitarbeitsplätze, individuellere Arbeitszeiten und bessere Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach der Familienphase können Familien- und Arbeitswelt näher zusammenführen. ■

Dieses Jahr wird uns unseren ganzen Einsatz abverlangen

Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde!

Der Startschuß ist gefallen, das Superwahljahr mit seinem Marathon von 18 Wahlen hat begonnen. Das Jahr 1994 stellt die CDU — wie auch die anderen Parteien — vor gewaltige Herausforderungen; es wird uns ganzen Einsatz und alle Anstrengungen abfordern. Aber wenn wir unsere Chancen entschlossen nutzen, haben wir auch allen Grund zur Zuversicht.

Gewiß: Wir müssen vor dem Hintergrund eines sehr ungünstigen Meinungsklimas ins Wahljahr starten. Aber die hohe Zahl unentschlossener Wähler weist aus, daß die politische Stimmung im Fluß ist. Das heißt: Sie ist veränderbar und durch überzeugende politische Projekte wie durch einen engagierten Wahlkampf zu unseren Gunsten zu beeinflussen.

Deshalb sollte niemand unsere Aussichten unterschätzen, die Wahlen zu gewinnen: Entgegen allen kurzfristigen Stimmungen und Trends werden die Wahlen von der Hoffnung auf Stabilität und Zukunftssicherheit entschieden. Das Wahljahr 1994 ist ein offeres Rennen, aus dem Bundeskanzler Helmut Kohl und die CDU als Sieger hervorgehen werden.

Dominanz der Wirtschaftsthemen

Die entscheidende Frage für den Ausgang der Wahlen wird sein, wem die Bürger in Zukunft zutrauen, neue, sichere



Arbeitsplätze zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu sichern. Diese Auseinandersetzung müssen wir als Union nicht scheuen. Die CDU steht für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, für Wachstum und Beschäftigung. Die SPD dagegen hält an ihrer rückwärtsgewandten Verteilungsideologie fest und ist nicht in der Lage, die dringend notwendigen Kurskorrekturen vorzunehmen. Wir müssen dafür sorgen, daß dies auch die Wähler erkennen.

Tatkraft und Gestaltungswille sind gefragt. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land müssen spüren, daß wir,



Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck: Nur mit dem engagierten Einsatz aller Wahlkämpfer vor Ort werden wir es schaffen, unsere politische Botschaft überzeugend und klar verständlich an die Wählerinnen und Wähler heranzutragen.

die CDU Deutschlands, bereit und in der Lage sind, die Leistungskraft unserer Wirtschaft zu sichern und wirksam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dazu müssen wir geschlossen und offensiv auftreten. Wir werden fair, aber hart in der

Vorläufige Tagungsfolge des Hamburger Parteitags

Montag, 21. Februar

Erste Plenarsitzung

- Eröffnung und Begrüßung durch den Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
- Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl
- Beratung und Beschlußfassung zum Thema „Wachstum und Beschäftigung“

Dienstag, 22. Februar

Zweite Plenarsitzung

- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche
- Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze

- Beratung und Beschlußfassung über das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands
- Einführung: Reinhard Göhner

Mittwoch, 23. Februar

Dritte Plenarsitzung

- Beratung und Beschlußfassung zu Anträgen auf Änderungen des Satzungsrechtes der CDU, u. a. Finanz- und Beitragsordnung
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble
- Grußwort des Vorsitzenden der Christlich Sozialen Union, Bundesfinanzminister Theo Waigel
- Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl.

Sache die Auseinandersetzung mit der SPD suchen. Nur mit einem klaren Profil werden wir Wechsel- und Protestwähler für die Union zurückgewinnen. Die Chancen dafür stehen gut.

Moderner Wahlkampf

Die CDU hat eine leistungsstarke und bewährte Parteistruktur. Mit einem medienorientierten und aktuellen Wahlkampf werden wir auch in Zeiten knapper Kassen erfolgreich um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger werben. Mit neuen Kommunikationstechniken setzen wir auf optimale Information der Wahlkämpfer vor Ort. 1994 wird nicht das Jahr der Materialschlachten mit Hochglanz-

broschüren. Wir suchen stattdessen das Gespräch mit den Menschen, den persönlichen Meinungs austausch. Vor diesem Hintergrund ist das Leitbild der CDU als Volks- und Mitgliederpartei aktueller denn je. Nur mit dem engagierten Einsatz aller Wahlkämpfer vor Ort werden wir es schaffen, unsere politische Botschaft überzeugend und klar verständlich an die Wählerinnen und Wähler heranzutragen. Wenn wir aber zusammenstehen und kämpfen, haben wir alle Aussichten auf Erfolg.

JU
Hans-J. R...

Schleswig-Holstein:

Aktion zur Direktwahl

Mit der Vorstellung der Aktionsgemeinschaft für die Volksinitiative zur Direktwahl der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte haben der CDU-Landesvorsitzende Otfried Hennig und der Landesvorsitzende der F.D.P., Jürgen Koppelin, am 10. Januar den ersten Schritt zur Durchsetzung der Direktwahl in der schleswig-holsteinischen Kommunalverfassung getan.

Hennig und Koppelin legten die Unterschriften von prominenten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner vor, die für die Volksinitiative und die Direktwahl sind. Für das Aktionskomitee haben als erste unterschrieben: Hans Hansen, Uwe Ronneburger, Fritz Süverkrüp, Consul Klaus Richter, Marie-Alix Herzogin zu Schleswig-Holstein, Dietmar Katzer, Karl Eigen, Karla Tremml, Dr. Jürgen Pratje, Klaus Neitzke und Prof. Hans Hattenhauer.

CDU und F.D.P. seien froh darüber, daß so viele Persönlichkeiten aus Schleswig-Holstein die erste landesweite Volksinitiative unterstützen, sagten Hennig und Koppelin: „Die Volksinitiative, das Volksbegehren und letztlich der Volksentscheid müssen jetzt begonnen werden, wenn wir die Direktwahl rechtzeitig vor der Kommunalwahl 1998 durchsetzen wollen“, erklärten die beiden Landesvorsitzenden.

Die vernichtende Zurückweisung des SPD-Landesvorsitzenden Pieczyk zu dem angedeuteten Sinneswandel der SPD-Landtagsfraktion mache deutlich, daß es mit der SPD kein zügiges Gesetzgebungsverfahren geben könne. Die SPD sei in

sich viel zu zerstritten, um zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Deshalb sei es überaus ungewiß, ob es jemals zu positiven Beratungen im Landtag kommen werde.

„Wir wollen nicht auf ungewisse, neue Abstimmungen der SPD auf irgendwelchen Parteitag warten, sondern wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern jetzt klar sagen: CDU und F.D.P. sind für mehr Mitwirkungsrechte auf der kommunalen Ebene, während die SPD zwar ihren Bundesvorsitzenden von den SPD-Mitgliedern auswählen läßt, aber den Bürgern einfache Mitbestimmungsrechte nach wie vor verweigert“, sagten die Landesvorsitzenden.

CDU und F.D.P. begrüßten es, daß die Aktionsgemeinschaft „Volksinitiative“ sich jetzt unmittelbar an die Landtagspräsidentin und die Landesregierung wenden werden, um den „Abstimmungstext“ für die Volksinitiative in zwei Wochen rechtlich prüfen zu lassen.

Etwa ab Anfang Februar werde dann die Unterschriftensammlung beginnen, wobei die Mitglieder von CDU und F.D.P. aktiv auf Bürgerinnen und Bürger zugehen werden. Für eine erfolgreiche Volksinitiative sind 20.000 Unterschriften von wahlberechtigten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner notwendig.

Hennig und Koppelin sind sicher, daß dieses Ziel in kürzester Zeit erreicht werden wird. Die Unterschriften werden dann zur Prüfung der Landesregierung geleitet. Sollte die SPD sich auch dann noch weigern, die Kommunalverfassung zugunsten der Direktwahl zu ändern, stehe als nächster Schritt das Volksbegehren an.

„Wir sind sicher, daß die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Direktwahl will“, stellten Hennig und Koppelin abschließend fest.

Vier Jahre erfolgreiche Politik für Thüringen

Der Vorsitzende der CDU Thüringen, Ministerpräsident Bernhard Vogel, hat den vierten Jahrestag der Gründung des CDU-Landesverbandes Thüringen gewürdigt:

Nur zehn Wochen nach der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 schlossen sich am 20. Januar 1990 die damaligen CDU-Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl zum CDU-Landesverband Thüringen zusammen. Die CDU Thüringen war damit die erste Partei, die diesen Schritt vollzog und lange vor der Gründung des Landes die Richtung der dann erfolgten Entwicklung aufgezeigt hat.

Die Thüringer und Thüringerinnen haben die Union danach in vier Wahlen mit Abstand zur stärksten Partei im Lande gewählt und ihr die Verantwortung für die politische Entwicklung übertragen.

Die CDU zog im März 1990 als größte Thüringer Partei in die Volkskammer ein, gestaltet seit Mai 1990 im ganzen Lande verantwortlich die kommunale Entwicklung, stellt seit Oktober 1990 in der von ihr geführten Landesregie-

rung den Ministerpräsidenten und gewann im Dezember 1990 alle Direktmandate zum Bundestag.

Mehr als 6.500 Mandatsträger der CDU vertreten in Land, Bund und den Kommunen die Interessen der Thüringer. Zusammen mit den 22.000 CDU-Mitgliedern leisten sie ihren Beitrag zum Aufbau des Landes.

Was in den vergangenen vier Jahren erreicht wurde, wäre ohne die friedliche Wende vom Herbst 1989 nicht möglich gewesen. Zwar ist das Ziel noch nicht erreicht, aber nur wer es böswillig meint, verschließt die Augen vor den positiven Entwicklungen.

Die CDU Thüringen hat von den Wählern die Regierungsverantwortung übertragen bekommen. Unter CDU-Führung hat sich Thüringen zu einem Land entwickelt, in dem die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze die Zahl derjenigen übersteigt, die leider immer noch verlorengehen. Ständig werden neue, moderne Betriebe im Lande eröffnet, die, mit zukunftsweisender Technik ausgestattet, die Grundlage für das moderne Industrieland Thüringen bilden.

Schweriner Landesregierung weiter im Aufwind

Gute Noten für Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidenten Berndt Seite und das Schweriner Kabinett: In einer von der Schweriner Volkszeitung im vierten Quartal 1993 in Auftrag gegebenen Infas-Umfrage bescheinigten 67 Prozent der Befragten Ministerpräsident Seite ein gutes Ansehen im Land. Seite konnte damit seine Akzeptanz in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber der letzten Infas-Umfrage um nahezu 20 Prozent steigern. Im Oktober hatten 48 Prozent der Befragten das Ansehen des Ministerpräsidenten mit guten Noten bewertet. Seite führt wie bereits im Oktober die Beliebtheitskala der Landespolitiker in Mecklenburg-Vorpommern an.

Forschungsergebnisse umsetzen, High-Tech-Arbeitsplätze sichern

In der Debatte zum Bundesbericht Forschung 1993 am 13. Januar erklärten der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer, und der Obmann für diesen Bereich, Erich Maaß:

Der von der Bundesregierung vorgelegte Bundesforschungsbericht 1993, der erstmalig eine gesamtdeutsche Bestandsaufnahme ist, dokumentiert die erfolgreiche Bilanz der Forschungspolitik der Bundesregierung gerade auch im Hinblick auf das Zusammenwachsen der deutschen Forschungslandschaft. Der Bericht kann nur zur intensiven Lektüre empfohlen werden!

Die Forschung ist in Deutschland sehr breit angelegt und äußerst kreativ. Wir haben eine Spitzenstellung in der Grundlagenforschung, was nicht zuletzt auch in einer Reihe von Nobelpreisen an deutsche Wissenschaftler in den vergangenen Jahren Ausdruck fand. Nobelpreise allein können aber nicht die Maßgröße für eine erfolgreiche Forschungs- und Technologielandschaft sein: hinzu kommen muß auch die Umsetzung von Forschungsergebnissen und Technologien in konkrete technische Innovationen.

Rückläufige Patentanmeldungen, Verlust der Spitzenstellung beim Export von High-Tech-Produkten auf den Weltmärkten sind ein Indiz dafür, daß hier schnell und massiv gehandelt werden muß, um den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken. Der Bundesforschungsbericht 93 stellt einen hervorragenden Wissensfundus dar. Das Wissen muß nur schneller in technische Produkte umgesetzt werden.

Stagnierende Forschungsförderung bei

Wirtschaft und Staat sind tödlich für technische Innovationen. Ausreichende finanzielle Mittel sind die notwendige Grundlage. Hinzukommen muß aber auch innovatives Denken, Handeln und Freude zur Risikobereitschaft. Staat und Wirtschaft müssen gemeinsam dazu beitragen — sei es durch Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung, sei es durch die Bereitstellung von mehr Risikokapital für technische Innovationen —, den Umsetzungsprozeß von technischem Wissen und Erkenntnis in Produkte zu forcieren. Die CDU/CSU-Fraktion hat erst kürzlich ein 22-Punkte-Papier veröffentlicht, das eine Reihe weiterer konkreter Maßnahmen zur Verbesserung des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland aufzeigt.

Chancen rechtzeitig nutzen

Die rasche und verstärkte Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte bleibt das prioritäre Ziel, auf das sich die Bemühungen konzentrieren müssen. Damit werden High-Tech-Arbeitsplätze in Deutschland gesichert und neu geschaffen. Wissenschaft, Wirtschaft und Politik müssen Hand in Hand arbeiten, damit Deutschland die Chancen neuer Technologien rechtzeitig nutzt. Es wird daher begrüßt, daß die Bundesregierung bereits einen Strategiedialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik begonnen hat.

Mit Forschung die Zukunft gestalten, das ist die Aufgabe, der wir uns laufend stellen müssen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können.

Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsordnung für Europa

Das Gipfeltreffen der 16 NATO-Mitgliedstaaten am 10. und 11. Januar in Brüssel war ein Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsordnung für Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die NATO hat damit ihre zentrale Bedeutung als Eckpfeiler der Sicherheit und Stabilität nicht nur für ihre Mitglieder, sondern darüber hinaus für ganz Europa eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Der Gipfel hat vier wesentliche Ergebnisse erbracht:

1. Die NATO hat den engen Schluß zwischen Nordamerika und Europa bekräftigt. Stärke und Geschlossenheit des Bündnisses haben entscheidend zur Beendigung des Kalten Krieges und der Spaltung Europas beigetragen. Dieser historische Erfolg des Bündnisses beruhte vor allem auf dem festen Sicherheitsverbund zwischen Nordamerika und Europa.

Präsident Clinton hat in seiner Brüsseler Rede am 9. Januar bekräftigt, daß das partnerschaftliche Sicherheitsbündnis mit Europa für die USA vorrangig bleibt. Er hat zugleich gesagt, daß etwa 100.000 amerikanischen Soldaten in Europa stationiert bleiben. Darüber hinaus hat er die Bedeutung und die Rolle Deutschlands für den Aufbau einer stabilen Friedensordnung in Europa ausdrücklich anerkannt.

2. Die Zusammenarbeit zwischen Atlantischer Allianz und Europäischer Union wird wesentlich ausgebaut. Die NATO unterstützt unmißverständlich den Vertrag von Maastricht und damit die weitere politische Einigung Europas. Dies gilt auch für den Aufbau einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik und Verteidigung mit Hilfe der Westeuropäischen Union als des sicherheitspolitischen Arms der Politischen

Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 13. Januar

Union. Künftig wird die Westeuropäische Union für eigene Einsätze auf Streitkräfte der NATO zurückgreifen können.

3. „Partnerschaft für den Frieden“. Die NATO hat die jungen Demokratien Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion eingeladen, mit uns im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ noch enger politisch und militärisch zusammenzuarbeiten. Die Partnerschaft ist so angelegt, daß wir diesen Prozeß der Annäherung flexibel, individuell und in Abhängigkeit von der Entwicklung in Europa gestalten können. Ein ganz entscheidendes Element des Programmes ist das Angebot, mit Partnern in Konsultationen einzutreten,

wenn sie eine direkte Bedrohung ihrer territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit oder Sicherheit befürchten.

4. Die Allianz gibt ein klares Signal: die NATO ist für neue Mitglieder offen. Wir wollen die ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas schrittweise an die NATO bis hin zur Mitgliedschaft heranführen. Dieser neue Ansatz ist das historisch beispiellose Angebot, ein Militärbündnis für umfassende Zusammenarbeit und Partnerschaft mit früheren Gegnern zu öffnen.

Sicherheit und Stabilität in Europa sind unteilbar

Die NATO steht angesichts der Beitrittswünsche unserer östlichen Nachbarn vor einer schwierigen Frage. Wir verstehen die Sicherheitsbedürfnisse und Ängste der Menschen in diesen Ländern. Sie beruhen auf tragischen Erfahrungen in diesem Jahrhundert. Es kommt hinzu, daß sich die Menschen in Mittel- und Osteuropa während der Zeit des Kalten Krieges nach Freiheit und Demokratie gesehnt haben. Nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs haben wir diese Länder ermutigt, Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild einzuführen.

Zugleich gibt es in Rußland historisch gewachsene Befürchtungen vor Isolierung oder Einkreisung. Auch diese Sorgen müssen wir ernstnehmen. Deshalb strebt die NATO mit Rußland und auch der Ukraine eine umfassende und vertiefte Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem und militärischem Gebiet an.

Wenn wir eine tragfähige europäische Sicherheitsordnung schaffen wollen, dann müssen wir auf alle diese psychologischen Gegebenheiten und Sicherheitsinteressen Rücksicht nehmen. Es darf nicht zu neuen Gräben und damit zu neuen Spannungen in Europa kommen.

Die Lage für viele Menschen in den Reformstaaten, vor allem in Rußland, ist von ungeheuren sozialen Problemen, wirtschaftlicher Not und Unsicherheiten gekennzeichnet. Wachsende Kriminalität und noch unzureichende rechtsstaatliche Strukturen belasten die Menschen. Sie erschweren wirtschaftliche Reformen. Dies führt zu innenpolitischen Spannungen und großer Instabilität. Die Wahlen in Rußland und das starke Abschneiden extremer Kräfte sind nicht nur für die russische Führung, sondern auch für uns ein ernsthaftes Warnsignal.

Die NATO wird die Reformpolitik Jelzins in Rußland weiter unterstützen. Das Ausmaß der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umgestaltungen in Rußland ist in der Geschichte ohne Beispiel. Seit 1917 herrschte in Rußland eine totalitäre kommunistische Diktatur, die in Jahrzehnten ein menschenfeindliches und unfähiges System hervorbrachte. Die Hypotheken eines solchen Regimes zu tilgen, kostet Zeit und ungeheure Energie. Rückschläge bei dem Reformprozeß sind unausweichlich. Wir dürfen daher bei den Anstrengungen zur Unterstützung der Reformprozesse nicht nachlassen.

Es gibt kein Patentrezept für die Lösung des Balkankonflikts

Der Gipfel hat sich eingehend mit der Lage im ehemaligen Jugoslawien beschäftigt. Es muß unverändert unser vorrangige Ziel bleiben, die humanitäre Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Allianz hat darüber hinaus ihre Bereitschaft bekräftigt, Einsätze aus der Luft durchzuführen, um die Einschnürung von Sarajewo, der Schutzzonen und anderer bedrohter Gebiete in Bosnien-Herzegowina zu verhindern. Wir werden uns weiter um eine politische Lösung für den Konflikt bemühen und daher die Anstrengungen der Europäischen Union

und der Vereinten Nationen unterstützen.

In vielen Ländern werden die Bemühungen zur Beendigung des Konflikts als nicht ausreichend empfunden. Angesichts der Schreckensbilder im Kriegsgebiet stellen viele die Frage, warum der Westen und insbesondere die NATO nicht mehr zur Beendigung des Konflikts tun. Ich habe viel Verständnis für diese Fragen. Dabei wird jedoch vergessen, wie sehr dieser Krieg durch Haß und Irrationalität geprägt wird, die in Jahrhunderten gewachsen sind. Eine umfassende, den Krieg beendende Intervention mit Bodentruppen würde mehrere Hunderttausend Soldaten erfordern. Eine solche Aktion wäre mit großen Opfern, auch unter der Zivilbevölkerung, verbunden. Zudem wäre es höchst fraglich, ob man dem Frieden auf diese Weise näherkäme.

Es gibt in Wahrheit kein Patentrezept für eine Lösung dieses Konflikts.

Gerade wir Deutschen sollten mit unseren Ratschlägen besonders vorsichtig sein. Wir haben nicht das moralische

Recht, von den Verantwortlichen anderer Länder mehr zu verlangen, als wir selbst tun. Wir sollten vielmehr jenen jungen Soldaten und ihren Angehörigen Respekt bekunden, die unter Einsatz ihres Lebens dort für die Vereinten Nationen im Einsatz sind.

Die Europäische Einigung als Frage von Krieg und Frieden

Das ehemalige Jugoslawien ist nur ein Beispiel dafür, daß der Krieg nicht aus Europa verbannt ist. Deshalb sind die Entwicklung einer europäischen Sicherheitsordnung und vor allem die politische Einigung Europas wichtiger denn je. Vertiefung und gleichzeitiger Ausbau der Europäischen Union sind entscheidend für die Sicherung von Frieden und Freiheit. In diesem Sinne ist die Frage der europäischen Einigung letztlich die Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert. Es gibt daher gerade für uns Deutsche zur entschlossenen Fortführung der politischen Einigung Europas keine Alternative.

Neue Arbeitsplätze durch die Erschließung eines neuen Marktes

Verstärkte Präsenz der deutschen Wirtschaft auf dem asiatisch-pazifischen Markt hat der Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Jörg Mittelsten Scheid, in dem Gesprächskreis „Junge Politik und Wirtschaft“ der Jungen Union NRW gefordert.

Während 70 Prozent des deutschen Exports nach Europa gehen und elf Prozent in die USA, beträgt der deutsche Exportanteil im asiatisch-pazifischen Raum nur acht Prozent, obwohl

dort 40 Prozent des gesamten Welt-handels abgewickelt werden. Durch eine Erweiterung der Marktanteile in diesem Raum würden nach Meinung des DIHT-Vizepräsidenten nicht nur vorhandene Arbeitsplätze gesichert, sondern auch neue geschaffen.

Thomas Rachel, Leiter des Gesprächskreises und stellvertretender Landesvorsitzender der JU NRW: Die Wachstumskurve von Malaysia z.B. ist allein 1993 von sechs auf neun Prozent gestiegen.

Neue Länder: Nach einem langen Weg Licht am Ende des Tunnels

Objektive Fakten belegen: Die Situation der Wirtschaft und der einzelnen Bürger in den neuen Bundesländern verbessert sich kontinuierlich.

Zugleich herrscht immer noch die Auffassung in der Bevölkerung vor, daß die allgemeine Lage schlecht sei. Dies gilt es zu ändern. Hier die Fakten:

Gemäß einer Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin/Brandenburg waren 1993 über die Hälfte der Befragten in den neuen Bundesländern mit ihrem gegenwärtigen Leben zufrieden und nur rund 10 Prozent unzufrieden. 1990 lagen die Werte bei gut 30 bzw. knapp 20 Prozent. Die Befindlichkeit vieler Menschen in den jungen Bundesländern ist nach ihren eigenen Aussagen demnach gut. Das Licht am Ende des ostdeutschen Tunnels ist deutlich erkennbar:

- Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Bundesgebiet Ost von 1991 auf 1992 gut viermal so stark wie in Westdeutschland (26,4 Prozent zu 6,1 Prozent). 1994 rechnet der Sachverständigenrat der Bundesregierung mit einem realen Wirtschaftswachstum in den jungen Bundesländern von 7,5 Prozent nach 6,5 Prozent 1993. Das sind Werte, von denen man im Westen seit über 20 Jahren nur träumen kann.
- Die Lohnangleichung an das Westniveau schreitet mit unverminderter Geschwindigkeit voran. 1990 betrug das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines Vollzeitbeschäftigten 1223 DM. Das waren 33 Prozent des Westniveaus. 1991: 1701 DM/44 Prozent, 1992: 2265 DM/54 Prozent, 1993: 2753 DM/64 Prozent.
- Die Sparquote erreichte 1992 in Ost-

deutschland fast das Niveau des Bundesgebietes West: 13 (Westen: 14) Prozent ihrer verfügbaren Einkommen legten die Ostdeutschen netto auf die hohe Kante.

- Immer mehr Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern erwerben Wohneigentum. 1990 lag der Anteil bei Personen über 18 Jahren bei 19 Prozent, 1993 schon bei 30 Prozent.
- Die schwierige Situation am Arbeitsmarkt hellt sich in wichtigen Branchen auf. Im Dienstleistungsbereich waren 1992 mit 990.000 Personen gut 300.000

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

mehr beschäftigt als 1990. Ein ähnlich positives Bild bietet das Baugewerbe: 701.000 Beschäftigte 1992, 628.000 1990.

Die neuen Bundesländer sind auf dem Weg zum modernsten Wirtschaftsstandort Europas. Hier werden zukunftssträchtige Arbeitsplätze geschaffen. Aktuellstes Beispiel ist das Milliarden-Projekt von Siemens in Dresden zur Herstellung von Chips. (Siehe UID 1/94, Seite 29)

Die Investitionen pro Beschäftigten 1993 haben beispielsweise im verarbeitenden Gewerbe mit rund 26.000 DM den Westen um über das Doppelte übertroffen (12.000 DM).

- Den Menschen in Ostdeutschland gehen weder die Arbeit noch die Unter-

Vorbild Chemie

Gast-Kommentar von Friedhelm Ost, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, in „Bild am Sonntag“

Mit dem Chemie-Abschluß haben Arbeitgeber und Gewerkschaften in großer Verantwortung gemeinsam das richtige Signal für die Lohnrunde 1994 gesetzt: Die Chemie-Arbeiter bekommen zwar zwei Prozent mehr, es gibt also keine Nullrunde — bei einer Laufzeit von 15 Monaten beträgt die Lohnerhöhung aber in Wirklichkeit nur noch knapp 1,3 Prozent. Das bedeutet, gemessen an der Preissteigerung, einen Einkommensrückgang. Außerdem wird die Arbeitszeit flexibler gestaltet, und bei Neueinstellungen von Langzeitarbeitslosen kann im ersten Beschäftigungsjahr zwischen fünf und zehn Prozent unter Tariflohn gezahlt werden.

Damit haben Arbeitgeber und IG-Chemie-Chef Hermann Rappe die richtigen Maßstäbe für andere Tarifrunden — etwa bei Metall und Druck — gesetzt. Gerade im großen Sektor Metall, wo binnen zwölf Monaten fast acht Prozent der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verloren haben, bedeutet Lohnverzicht Sicherung von Arbeitsplätzen.

Dem guten Beispiel folgen

Wenn alle anderen Branchen dem Chemie-Beispiel folgen oder sogar niedriger abschließen, kann unsere Wirtschaft schon 1994 wieder in Schwung kommen. Und im nächsten Jahr gibt es endlich weniger Arbeitslose.

Dabei muß natürlich der Staat mit gutem Beispiel vorangehen und bei sich besonders harte Maßstäbe anlegen. Eine absolute Null-Runde im öffentlichen Dienst ist unverzichtbar. Denn sonst fehlt dem Staat das notwendige Geld für Investitionen und damit auch zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze.

nehmer aus. Der Saldo der Gewerbeanzeigen ist seit der Vollendung der Einheit stark positiv: über ¼ Million 1990, fast 200.000 1991, knapp 100.000 1992 und 55.400 von Januar bis September 1993. Eigenverantwortlichkeit und Risikobereitschaft, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen, tragen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

● Die OECD prognostiziert einen Anstieg der ostdeutschen Exporte um 13,3 Prozent 1994 und 16,5 Prozent 1995. Die Anzeichen sind unübersehbar, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung in den jungen Bundesländern auf einem immer breiter werdenden Fundament befindet. Bei dieser einmaligen Leistungsbilanz der Bürgerinnen und Bürger in

Ostdeutschland muß der Beitrag der Bundesregierung und der Treuhandanstalt hervorgehoben werden. Ohne die Transfers von West nach Ost in Höhe von rund 200 Milliarden DM jährlich und der Treuhandprivatisierungspolitik zum Umbau der ostdeutschen Wirtschaft (Privatisierung von ca. 13.000 Unternehmen, Investitionszusagen von über 180 Mrd. DM und Arbeitsplatzzusagen von fast 1,5 Millionen) hätte der Grundstein für den zukunftsorientierten und leistungsfähigen Wirtschaftsstandort Ostdeutschland nicht gelegt werden können. Die Anstrengungen und Opfer von heute sind Investitionen in die Zukunft zur Sicherung der Stellung des vereinten Deutschlands in der Weltwirtschaft. ■

Mehr als 50.000 Arbeitnehmer bei der Umweltsanierung tätig

Zum Stand der Altlastensanierung in den neuen Bundesländern erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Klinkert:

Auf Antrag der CDU/CSU-Mitglieder hin hat sich der Umweltausschuß des Deutschen Bundestages vom Bundesumweltminister über den Stand der Altlastensanierung in den neuen Bundesländern unterrichten lassen. Fazit: Altlastensanierung in den neuen Bundesländern macht gute Fortschritte. Die erheblichen finanziellen Mittel, die zur Sanierung eingesetzt werden, kommen der Umwelt unmittelbar zugute. Ein besonders erfreulicher Aspekt der Maßnahmen sind die beschäftigungspolitischen Auswirkungen.

Im einzelnen ergibt sich folgende Situation:

1. Der Bund und die neuen Länder stellen nach dem „Verwaltungsabkommen zur Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten“ vom 1.12.1992 folgende Finanzmittel bereit:

● Im Rahmen der „Regelfinanzierung“ (60 Prozent Treuhandanstalt, 40 Prozent Länder) stehen für den Zeitraum von 1992 bis 2001 pro Jahr 1 Milliarde DM zur Verfügung.

● Im Bereich des Großprojektes „Braunkohlesanierung“ stehen zunächst für den Zeitraum 1993 bis 1997 jährlich 1,5 Mrd. DM bereit. In der Koalition besteht Einvernehmen, die langfristige Finanzierung der Braunkohlesanierung auch über 1997 hinaus mit Bundesbeteiligung fortzusetzen.

2. Im Rahmen der Altlastensanierung werden darüber hinaus die Instrumente der Arbeitsförderung (ABM, § 249h AFG) umfassend genutzt. Verwaltungsvereinbarungen zwischen Treuhandanstalt und den neuen Ländern werden im Jahr 1994 die Beschäftigung von Arbeitnehmern in folgendem Umfang ermöglichen:

- | | |
|----------------------------|---------------------|
| ● Braunkohle | 17 000 Arbeitnehmer |
| ● Chemie | 15 000 Arbeitnehmer |
| ● Metall/Elektro/
Stahl | 18 000 Arbeitnehmer |
| ● sonstige Branchen | 3 000 Arbeitnehmer |

Damit werden allein im Bereich der Treuhandanstalt im Jahr 1994 voraussichtlich mehr als 50.000 Arbeitnehmer im Bereich der Umweltsanierung tätig sein. Die Gesamtzahl der mit Mitteln zur Arbeitsförderung für die Umweltsanierung in den neuen Ländern eingesetzten Arbeitnehmer dürfte noch deutlich höher liegen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit lag diese Zahl für 1993 bereits bei 63 400 Arbeitnehmern.

3. Für eine zügige Durchführung von Sanierungsmaßnahmen ist eine funktionierende, effiziente Altlastensanierungsinfrastruktur aus ortsfesten Bodenbehandlungsanlagen und mobilen on-site-Anlagen nötig. Hier hat das Investitions-erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz und die damit verbundene Novellierung von Abfallgesetz, Bundes-Immissionsschutzgesetz und 4. BImSchV zu wesentlichen Erleichterungen und Klarstellungen im Bereich der Genehmigungsverfahren für ortsfeste Bodenbehandlungszentren und der mobilen Anlagen geführt. Speziell der genehmigungsfreie Zeitraum für

Über 3.000 Gäste beim Neujahrsempfang der CDU Bremen

Für die Wahl von Roman Herzog zum neuen Bundespräsidenten hat sich Landeschef Bernd Neumann vor über 3.000 Gästen beim CDU-Neujahrsempfang ausgesprochen.

Die vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesforschungsministerium geführte Bremer CDU war damit der erste CDU-Landesverband, der für die Nominierung des derzeitigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes als Kandidat von CDU und CSU für die Wahl am 23. Mai votierte. Dies hatte zuvor der Bremer Landesvorstand einstimmig beschlossen.

„Wir wollen stärkste Partei werden“, gab CDU-Vize Ulrich Nölle das Ziel für die nächste Bürgerschaftswahl im Herbst 1995 vor. Nach Meinungstrends halte der Aufwärtstrend der Bremer CDU weiter an. Bei den Besuchern des Neujahrsempfanges warb Ulrich Nölle für die Aktion „Schnuppermitgliedschaft“. Diese Form der politischen Mitarbeit, erstmalig von der Bremer CDU bei ihrem Neujahr-

empfang 1993 angeboten, haben mittlerweile viele CDU-Landesverbände übernommen.

„In Deutschland besteht kein Anlaß für modischen Mißmut“, stellte Rudolf Seiters fest. Dieser war Ehren-gast des größten Neujahrsempfanges in Deutschland. „Wir lösen Probleme, wenn man uns die notwendigen Mehrheiten gibt“, verwies der frühere Bundesinnenminister auf den drastischen Rückgang der Asylbewerberzahlen. Die Bonner Oppositionsparteien forderte er auf, notwendige Entscheidungen nicht länger zu blockieren.

Die Statik zwischen notwendigen ökologischen Maßnahmen und den wirtschaftlichen Herausforderungen bei der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands dürfe nicht aus dem Lot kommen. Bei der Stärkung der wirtschaftlichen Position Deutschlands seien nicht nur der Staat, sondern insbesondere die Tarifpartner gefordert, so Rudolf Seiters mit Blick auf die bevorstehenden Lohnrunden.

on-site-Anlagen von 12 Monaten hat zu einem deutlichen Schub bei der Altlastensanierung in den neuen Ländern, zu mehr Verfahrensanbietern und zu niedrigeren Behandlungspreisen geführt.

4. Den Ländern liegen insgesamt rd. 69.000 Anträge auf Freistellung von der Haftung für die vor dem 1.7.1990 verursachten Altlasten vor. Bisher haben die Länder ca. 15 Prozent der Anträge abschließend bearbeitet, wobei nur rd. 200 Freistellungen ausgesprochen wurden. Der Stand der Antragsbearbeitung ist bisher noch unbefriedigend. ■

Hamburger CDU befragt ihre Mitglieder

Die Hamburger CDU will künftig ihre Mitglieder zu wichtigen Personalentscheidungen oder Richtlinien der Politik befragen. Einen entsprechenden Grundsatzbeschuß hat jetzt der Landesausschuß der Partei mit großer Mehrheit verabschiedet. Nicht durchsetzen konnte sich die Junge Union mit ihrer Forderung, die Bundestagskandidaten direkt wählen zu lassen.

SPD-Pläne würden konjunkturelle Erholung in Deutschland verhindern

Der Versuch der SPD, wirtschaftspolitisches Profil zu entwickeln, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wenn sie gegenwärtig neue milliarden-trächtige Ausgabeforderungen für den Aufbau in den neuen Bundesländern erhebt, so verschweigt sie zugleich, daß alle ihre finanzpolitischen Vorschläge mit einer massiven Verschlechterung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze einhergehen.

Im einzelnen in Milliarden fordert die SPD: DM

■ Verzicht auf die Senkung des Einkommensteuermaximalsatzes für gewerbliche Einkünfte	3,0
■ Verzicht auf die Senkung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer	4,5
davon:	
▶ Rückgängigmachung des Ansatzes der Steuerbilanzwerte bei der Vermögen- und Gewerbesteuer	1,82
▶ Abschaffung des Bewertungsabschlages von 25 Prozent beim Betriebsvermögen	1,8
▶ Aufhebung der Vermögensteuerbefreiung in den neuen Bundesländern	0,5
▶ Wiederherstellung des Freibetrages bei der Vermögensteuer von 120 000 DM statt 500 000 DM	0,265
■ Verzicht auf die Begünstigung des Betriebsvermögens bei der Erbschaftsteuer	0,4
■ Verzicht auf die Erstattung ausländischer Steuer	1,0

■ Beseitigung der im internationalen Vergleich großzügigen Rückstellungs- und Wertberichtigungsmöglichkeit (z. B. Pauschalberichtigungen auf Forderungen; Vollabschreibungen auf Forderungen, die zivilrechtlich noch bestehen; Begrenzung von Garantierückstellungen; Einschränkung versicherungstechnischer Rückstellungen)	1,0
■ weitere Maßnahmen gegen die Verlagerung des spärlichen Gewinns von Konzernen ins Ausland	0,5
■ Ausdehnung der steuerlichen Erfassung von Spekulationsgewinnen	1,0
■ Einschränkung der Steuerermäßigung für außerordentliche Einkünfte (Veräußerungsgewinne, Abfindungen)	0,5
■ Ausdehnung der steuerlichen Erfassung von Gewinnen und Veräußerungen von Anteilen an Kapitalgesellschaften	0,5
■ Einschränkung der steuerlichen Berücksichtigung betrieblich genutzter Pkws	0,2
■ Herabsetzung des pauschalen	

Wahlkampf-Argumente



betrieblichen Nutzungsanteils von Pkw von 65 auf 50 Prozent	0,3
■ Beseitigung der steuerlichen Berücksichtigung von Bewirtungskosten	0,8
■ Abschaffung des Sonderausgabenabzugs von Aufwendungen für haushaltswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse	0,5
■ Beseitigung der steuerlichen Berücksichtigung von nicht ernsthaft durchgeführten Miet-, Pacht-, Darlehens- und Beschäftigungsverträgen mit nahen Angehörigen	0,5
■ Aufhebung der steuerlichen Berücksichtigung von Geschenken	0,225
Summe der Steuererhöhungen	14,925

Hinzu kommen die Forderungen der SPD nach weiteren Milliarden-Einnahmen aus

- ▶ einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende sowie
- ▶ der Einführung einer Arbeitsmarktabgabe unter anderem für Selbständige sowie
- ▶ der Erhöhung der Besteuerung von Grund und Boden.

(Quelle: Pressemitteilungen der SPD-Bundestagsfraktion vom 28. 10. 93, Nr. 2505; 30. 6. 93, Nr. 1601; 24. 6. 93, Nr. 1546; 10. 2. 93, Nr. 354; 14. 9. 92, Nr. 2368)

Mit einer zusätzlichen Belastung für die deutsche Wirtschaft von weit über 20 Mil-

liarden DM jährlich würde die SPD der konjunkturellen Erholung in Deutschland den Boden unter den Füßen wegziehen. Die Verantwortung für den Wegfall von mehr als einigen zigtausend Arbeitsplätzen würde die SPD dann ausschließlich und alleine zu verantworten haben. Die CDU wird diesen sozial kalten und konjunkturzerstörenden Weg nicht mitgehen. Wir wollen dauerhaft sichere

Mit der SPD: Größte Steuerbelastung für Investitionen und Arbeitsplätze — ein Programm für mehr Arbeitslosigkeit

Arbeitsplätze. Wir brauchen keine konjunktur- und leistungsfeindlichen Maßnahmen aus dem Gruselkabinett sozialdemokratischer Umverteilungspolitik, sondern ein investitions- und beschäftigungsfreundliches Steuersystem. Es muß so gestaltet werden, daß im Zusammenwirken mit Einsparungen und Neuverschuldung ein Maximum an Leistungs- und Investitionsanreizen gewährleistet werden kann. Für uns sind attraktive steuerliche Rahmenbedingungen für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen kein Lippenbekenntnis, sondern ein dauerhafter Gestaltungsauftrag für ein modernes und zukunftssicheres Deutschland.

Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz am 12. Juni

Die rheinland-pfälzische Kommunalwahl ist von der Landesregierung auf den 12. Juni 1994 festgelegt worden, an dem auch die Europawahl stattfindet. Das teilte die Staatskanzlei in Mainz mit. Mit dem gemeinsamen Datum solle einer möglichen Wahlmüdigkeit entgegengewirkt werden. Nach dem Kommunalwahlgesetz mußte der Termin zwischen dem 1. April und dem 30. Juni liegen.

Winter-Canvassing

Gerade in den Wintermonaten können wir nicht erwarten, daß die Bürgerscharenweise zu unseren Informationsständen strömen, um sich unser Werbematerial anzusehen. Die meisten Passanten in Fußgängerzonen eilen an den üblichen Ständen achtlos vorüber, weil es ihnen zu kalt ist, um ein paar Minuten stehen zu bleiben. Canvassing im Winter erfordert deshalb von Ihnen eine besondere Kreativität.

● CDU-Eiskratzer

Klare Sicht nach vorn: Verteilen Sie jetzt auf Betriebs-, Supermarktparkplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer — zusammen mit dem neuesten Info-Material. Über das nützliche und sehr begehrte Werbemittel hinterlassen Sie bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck.

Bestell-Nr.: **9890**

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 69,— DM

● Klare Sicht nach vorn mit dem CDU-Fensterschwamm

Beschlagene Scheiben oder Spiegel — kein Problem, mit dem neuen Fensterschwamm erhalten Sie sofort wieder freie Sicht. Verschmierte Autoscheiben im Gegenlicht — mit dem neuen Fensterschwamm ist die Gefahr im Nu streifenfrei gebannt.

Bestell-Nr.: **9488**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 29,— DM

● Winterschal

Der CDU-Winterschal in den Farben Schwarz-Rot-Gold sollte jetzt bei keiner Aktion bzw. an keinem Canvassingstand mehr fehlen, denn dieses ideale Werbemittel für die kalte Jahreszeit ist nützlich und attraktiv zugleich. Besonders bei nationalen Sportereignissen wird der Schal auch gerne als Erkennungszeichen getragen.

Bestell-Nr.: **9362**

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 47,25 DM

● Reflektorbärchen

Jedes Jahr verunglücken Tausende von Kindern im Straßenverkehr, weil sie oftmals im Dunkeln viel zu spät gesehen werden. Die Reflektor-Bärchen sind hier ein nützliches Werbemittel und ein aktiver Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr. Jedes Bärchen wird mit einem Band mit Sicherheitsnadel geliefert und kann so bequem an Jacken, Mänteln oder auch an Schulranzen befestigt werden.

Bestell-Nr. **9558**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 34,90 DM

● Europa-Regenschirm

Zu einem typischen deutschen Winter gehört erfahrungsgemäß auch ein Regenschirm.

Bestell-Nr.: **9439**

Verpackungseinheit: 1 Schirm

Preis je Schirm: 9,45 DM

Argumentationsmaterialien

● **Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen demokratischen Bildungssystem. Beschluß des 4. Parteitags.** Bestell-Nr.: **5729.**

Verpackungseinheit: 25 Stück. Preis je

Einheit: 24,— DM.

● **Fakten und Argumente zur Europapolitik.** Bestell-Nr.: **5736.**

Verpackungseinheit: 25 Stück. Preis je

Einheit: 29,90 DM.

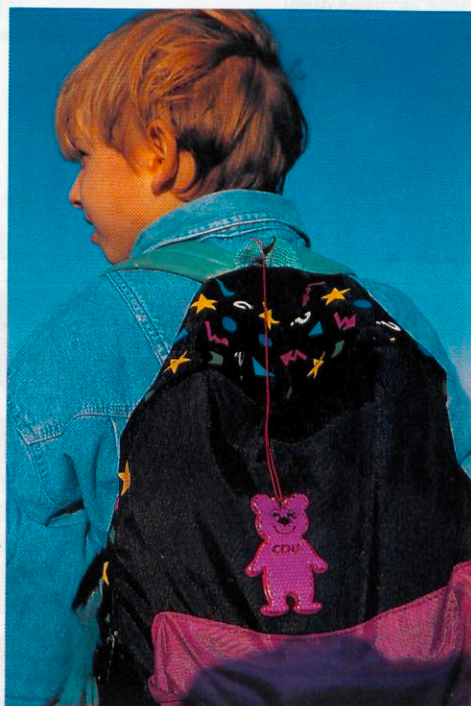
● **Das bringt uns die Europäische Union.**

Bestell-Nr.: **5752.** Verpackungseinheit:

25 Stück. Preis je Einheit: 15,90 DM.



● **Eiskratzer**



● **Reflektorbärchen**



● **Fensterschwamm**



● **Winterschal**

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax: (0 54 23) 4 15 21
 Preise inkl. Versand zzgl. MwSt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

1994: Beschäftigung sichern, neue Arbeitsplätze schaffen!

Dies ist unsere gemeinsame Pflicht.

In den Wahlen 1994 entscheiden wir Deutschen:

- ob unser Land in einer sich wandelnden Welt innen- und außenpolitisch stabil bleibt

- ob wir auch in Zukunft wirtschaftlich konkurrenzfähig sind
- ob wir unser hohes Maß an sozialer Sicherheit erhalten können.

In einer schwierigen Zeit geht es um die Sicherheit und Stabilität unseres Landes, die nur ein geeintes Europa dauerhaft garantieren kann. Dabei sind wir alle aufeinander angewiesen.



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UID

2/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.